

Zeitschrift: Scharotl / Radgenossenschaft der Landstrasse
Herausgeber: Radgenossenschaft der Landstrasse ; Verein Scharotl
Band: 15 (1990)
Heft: 3

Rubrik: "Alle hassen die Zigeuner"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

„Alle hassen die Zigeuner“

Auf der Suche nach Asyl kommen Zehntausende von rumänischen Zigeunern nach Deutschland. Unter dem Andrang der Roma wollen Politiker sogar das Grund-

recht auf Asyl schleifen. Die Zigeuner, durch Jahrhunderte verfolgt, von den Nazis vergast, sind Opfer des Umsturzes in Osteuropa, der dort Rassismus freisetzte.



Zigeunerlager in Hagen: Eine Nacht-und-Nebel-Fuhre von Flüchtlingen vor die Tür gekippt

Im Schutz des Morgengrauens rollte der schwere Lastwagen unbehelligt durch die verschlafene Stadt Hagen. Ziel des Transporters war die Gemeinschaftsgrundschule im Ortsteil Hefle.

Genau vor den Toren der Turnhalle, die der Stadt als Notquartier für Flüchtlinge dient, stoppte der Fahrer den Sattelschlepper, um ungewöhnliches Transportgut abzuliefern: 46 Männer, Frauen und Kinder, die unter einer grünen Plane verborgen auf der Ladefläche hockten.

Schnell scheuchte der Spediteur die ärmlich gekleideten Gestalten vom Wagen, dann brauste der Lkw wieder davon. Zuvor allerdings hatte der Fahrer der völlig erschöpften Reisegruppe noch auf einen Zettel gekritzelt, was sie bei Ämtern und Polizei in Hagen fordern sollte: „Wir wollen Asyl.“

Die Nacht-und-Nebel-Fuhre von Flüchtlingen, die den Hagenern Ende Juli mit Sack und Pack regelrecht vor

die Tür gekippt wurde, war Auftakt zu einem einzigartigen Asylantentreck in die beschauliche Stadt am Rande des Sauerlandes.

Allein im letzten Monat trafen 150 weitere Flüchtlinge auf ähnlich dubiose Weise ein. Nur weil Bundeswehreinheiten eilends eine Zeltstadt errichteten, konnten alle „truck people“ (Stadtverwaltung) notdürftig Obdach finden. Jede Nacht rechnen die Hager mit einer weiteren Flüchtlingsladung.

Protestaktionen gegen die Asylsuchenden, nächtliche Auto-Korsos und Steinwürfe gegen die Notunterkünfte inklusive, mehren sich. Um die Zeltstadt vor Anschlägen aufgebrachter Bürger zu schützen, fährt die Hager Polizei, sicher ist sicher, nachts Sonderstreifen. „Die Stimmung“, warnt Oberstadtdirektor Dietrich Freudenberger vor explodierendem Volkszorn, „verschärft sich täglich.“

Der Notstand in der Provinz hat Symbolwert. Ähnlich wie Hagen werden bundesweit Städte und Gemeinden, bis hin zur Noch-Hauptstadt Bonn, seit Wochen von einer überaus ungelittenen Asylantengruppe bestürmt, die Bürger im Wortsinn auf die Barrikaden bringt und sogar Spitzenpolitiker veranlaßt, am bislang unantastbaren Grundrecht auf Asyl zu rühren: Roma-Flüchtlinge aus Rumänien.

Seit die Grenzen des Ostblocklandes nach dem Sturz der blutrünstigen Ceauşescu-Diktatur offener geworden sind, strömen die Zigeuner aus den Karpaten zu Tausenden nach Westdeutschland.

In der Asylbilanz sind die Balkanbürger, daheim zunehmend Aggressionen ausgesetzt, längst Spitze. Im Juli verlangten 5750 Rumänen, die meisten von ihnen Zigeuner, in der Bundesrepublik politisches Asyl. Aus dem Libanon, Platz zwei in der Statistik, kamen

mit 2280 Personen nicht einmal halb so viel.

Im von Roma besonders angesteuerten Ruhrgebiet beriefen die Oberbürgermeister der Revierstädte demonstrativ eine Krisensitzung ein. In einem dramatischen Hilferuf („Die Städte sind am Ende“) verlangten sie von Bonn den sofortigen Stopp des Roma-Trecks. Neun Oberstadtdirektoren aus Nordrhein-Westfalen sehen den „sozialen Frieden in unseren Städten gefährdet“.

Schon keimen bei den Bürgern alte Ängste vor dem insgesamt als kriminell und schmutzig verleumdeten Zigeunervolk, kommt in manchen Städten wie dem saarländischen Lebach geradezu Panik auf. Zum Schutz vor 1400 Zigeunern, die den Asylantenstandort mit insgesamt nur 22 000 Bewohnern bevölkerten, ließ der Bürgermeister Rathaus und Schwimmbad verbarrikadieren.

In Bottrop versuchten Bürger mit einer Sitzblockade den Aufbau einer Zeltstadt für Roma zu verhindern. In Herford wiederum kündigten Einwohner vorsorglich die Gründung einer „Bürgerwehr“ gegen Zigeuner an.

Und in Essen, vorläufiger Höhepunkt entarteten Bürgerzorns, sollen Anwohner eines Asylantenheims nach Erkenntnissen der Polizei sogar Schlägerbanden angeheuert haben. 5000 Mark wollten sie rechtsradikalen Skinheads für Anschläge gegen die unerwünschten Zuwanderer bezahlen.

Als erster Spitzenpolitiker hat, wie der mal, der saarländische Ministerpräsident und Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine die schwelende Fremdenfurcht aufgegriffen. Um den Asylantenzustrom aufzuhalten, plädierte er, bislang bei Sozialdemokraten ein Tabu, für eine Änderung des Grundrechts auf Asyl.

Durch eine Rechtsverordnung der Bundesregierung möchte der Saarbrücker Populist künftig jene Völker von der Asylgarantie des Grundgesetzartikels 16 („Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“) ausschließen, in deren Heimat „nach allgemeiner Überzeugung keine politische Verfolgung stattfindet“.

Bei Linken und Liberalen löste der Vorstoß Empörung aus. Joschka Fischer von den Grünen, die Deutschland ohnehin als Einwanderungsland sehen und für eine „multikulturelle Gesellschaft“ plädieren, verurteilte den Lafontaine-Vorschlag sogleich als fragwürdigen Appell an fremdenfeindliche „Stammischgefühle“. Der FDP-Rechtsexperte Burkhard Hirsch forderte Lafontaine auf, offen zu bekennen, „ob und daß er politisch Verfolgte ihren Verfolgern ausliefern will“.

Auch in der eigenen Partei wurde Lafontaine, offiziell zumindest, abge-

büßt. Das vorbehaltlose Grundrecht auf Asyl, tadelte Parteichef Hans-Jochen Vogel den Kanzleraspiranten, sei ein unverzichtbares Stück „sozialdemokratischer Identität“.

Scharfmacher in der CSU nutzten den Lafontaine-Vorschlag prompt, um mit einer Bundesratsinitiative noch eins draufzusatteln. „Zur Verhinderung schwerwiegender Beeinträchtigungen des Gemeinwohls“ wollen die Christsozialen auch Länder mit politisch motivierten „Massenfluchtbewegungen“ auf den Index setzen.

Als Vorwand, das Asylrecht, seit Jahren ohnehin Zug um Zug verschärft, weiter zu schleifen, bietet sich die Roma-Welle geradezu an. Vorwiegend Linke sehen in den Roma Nachfahren von verdrängten und vergessenen Opfern des Holocaust, denen besonders sensible Behandlung gebühre. In den Zuchthäusern und Konzentrationslagern des Dritten Reiches wurden mehr als 200 000, womöglich gar doppelt so viele Zigeuner erschossen, erschlagen oder vergast (siehe Seite 40). Dreiviertel der deutschen und über die Hälfte der österreichischen Zigeuner, im Dritten Reich laut Rassenlehre „orientalisch-westasiatisches Bastard-Gemisch“, wurden Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik.

Wiedergutmachung wurde ihnen, im Gegensatz zu den Juden, kaum zuteil. Noch 1956 versuchte der Bundesgerichtshof ihre Verfolgung unter der NS-Herrschaft mit dem Hinweis auf „die asozialen Eigenschaften der Zigeuner“ zu entschuldigen.

Rechten Deutschtümlern sind auch heute noch jene 50 000 Sinti zuviel, die trotz jahrhundertelanger Verfolgungen ihres Volkes in der Bundesrepublik leben und die sich gegen die Bezeichnung „Zigeuner“ wehren – gegen die osteuropäische Roma nichts einzuwenden haben –, weil „diesem Begriff die diskriminierende Ableitung ‚ziehende Gauner‘ anhaftet“, so ihr Sprecher Romani Rose.

Dieser Ruch verfolgt die Roma, wie sie sich selbst nach dem Wort Rom (Mensch) in ihrer Sprache nennen, seit sie sich vor über tausend Jahren von ihrer nordindischen Urheimat aus auf die Wanderschaft gen Westen machten.

Der nördlichste Roma-Treck zog über Rußland bis nach Skandinavien, der mittlere über die Türkei und den Balkan nach Mittel- und Westeuropa bis nach Irland und den schottischen Orkney-Inseln hin, der südliche wanderte über Palästina, Ägypten und Nordafrika nach Spanien.

Die jahrhundertlang umherziehenden Nomaden nahmen Sprachelemente und Religionen ihrer jeweiligen Gastvölker an, hießen Sinti oder Roma, Gitanos oder Gypsies (von „Ägypten“ abgeleitet). Der Begriff Zigeuner stammt

aus dem Byzantinischen „atsinganoi“, Unberührbare – möglicherweise eine Erinnerung an ihren kastenlosen Status in der indischen Heimat.

Wo immer sie seit dem Ende des ersten Jahrtausends in Europa auftauchten, schlug den fremdartigen Ankömmlingen Abneigung bis blanker Haß entgegen – obwohl „wir nie Eroberer waren, keine anderen Völker vertrieben, nur als friedliche Einwanderer kamen“, so Grattan Puxon, Generalsekretär des Welt-Roma-Kongresses.

Böswillige Legenden eilten den dunkelhäutigen Nomaden voraus, deren Idiom, das sich aus dem Sanskrit ableitet, Unkundigen als „Geheimsprache“ galt, die ihren Sitten auch in den entlegensten Erdenwinkeln treu blieben und deren Sippen in der Diaspora nach eigenen Gesetzen lebten.

Zigeuner seien es gewesen, welche die Nägel zur Kreuzigung Christi gehämmert hätten, nachdem andere Schmiede solchen Frevel verweigerten, berichtete eine bis heute bei gläubigen Eiferern lebendige Mär. Daß sie im elisabethanischen England hingegen als „Spione des Vatikans“ mit dem Tod bedroht wurden, zeigt die ganze Bandbreite der Vorurteile gegen das fahrende Volk.

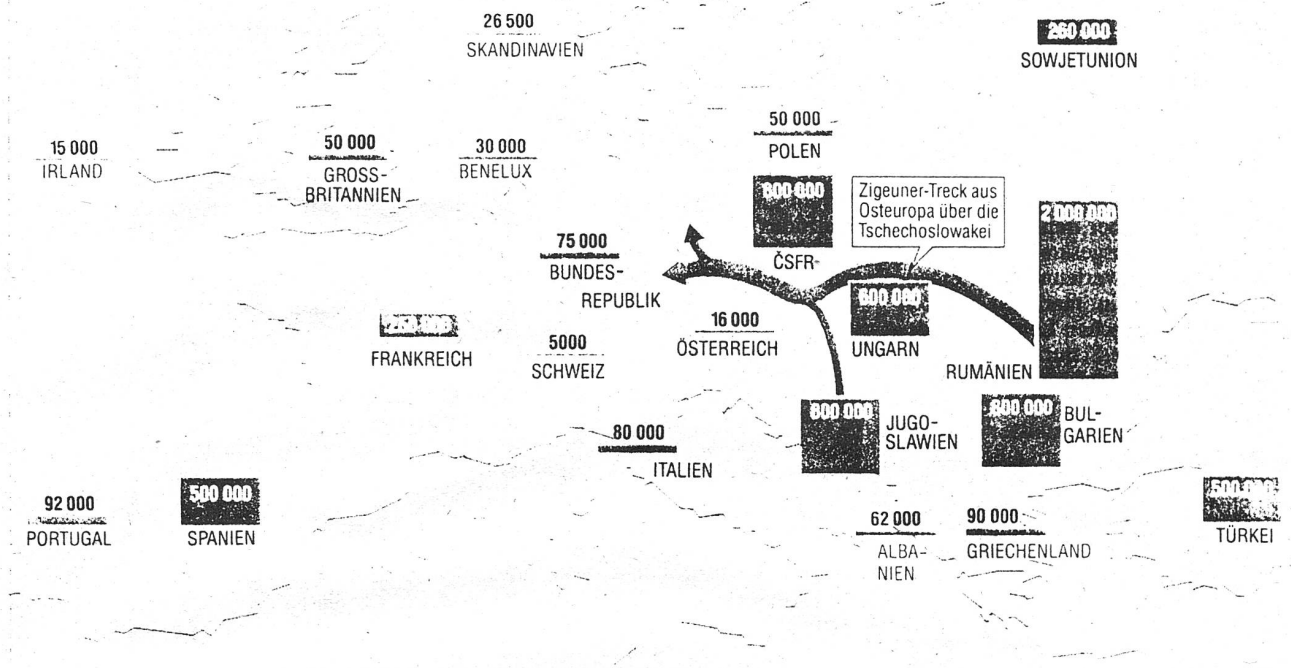
Wie den Juden wurde ihnen von Christen vorgeworfen, Kinder zu entführen, zu schlachten, gar zu verspeisen – wegen solchen „Kannibalismus“ wurden Ende des 18. Jahrhunderts in Österreich 25 Zigeuner zum Tode verurteilt, erst Kaiser Joseph II. klärte den Justizirrtum auf: Er entlarvte die völlige Haltlosigkeit der Anschuldigungen. Dennoch blieb der „Schwarze Mann“ im Volksmund als Kinderschreck bis heute erhalten.

In deutschen Landen galten Zigeuner im Mittelalter und bis weit in die Neuzeit hinein als vogelfrei. In der Pfalz wurden regelmäßig Treibjagden auf die „Verräter an den christlichen Ländern“ veranstaltet. Sie wurden verantwortlich gemacht für Feuer, Epidemien, auch Mäuseplage, und gebrandmarkt, gerädert, ertränkt oder gehenkt – in Bayreuth anno 1724 etwa an einem Tag 15 „Weibsbilder“ im Alter von 15 bis 98 Jahren. Und Bayern erließ noch 1926 ein Gesetz zur „Bekämpfung von Zigeunern, Landfahrern und Arbeitsscheuen“, eine Neuaufgabe nach dem Zweiten Weltkrieg wurde von den Alliierten kassiert.

Der Erzbischof von Paris exkommunizierte Zigeuner katholischen Glaubens im 15. Jahrhundert allesamt, außerdem wurden sie „bei Galeerenstrafe“ des Landes verwiesen. In Spanien durften Gitanos wahllos gefoltert und bis in die Kirchen hinein verfolgt werden.

Unter Todesandrohung wurden sie auch aus Schweden als angebliche

Verteilung der Sinti und Roma in Europa:
Die Zahlenangaben beruhen größtenteils
auf Schätzungen.



DER SPIEGEL

„Wilddiebe, Brandstifter, Zauberer und Spione“ verwiesen. Aber auch Polen, England, die Niederlande, Italien und die Schweiz vertrieben die unwillkommenen Zuwanderer immer wieder, kein Land wollte die Heimatlosen haben.

In Böhmen wurde Zigeunern, die irgendwelcher Verfehlung beschuldigt waren, zuerst das linke, dann das rechte Ohr und schließlich der Kopf abgeschnitten. In Ungarn durfte bis in dieses Jahrhundert – 1906 – jedermann einen Zigeuner, den er bei einer vorgeblichen Missetat erappte, bis zum Eintreffen des Gendarmen an den Ohren an einen Baum nageln.

In den Balkanländern konnten die Zigeuner noch am ehesten verweilen, weshalb ihre Zahl dort auch auf Millionenhöhe wuchs – aber unter welchen Bedingungen: Sie waren Leibeigene, die auf Sklavenmärkten verkauft und dann zur schlimmsten Zwangsarbeit verdammt wurden – etwa zum Goldwaschen in eisigen Gewässern. Bei festlichen Gelegenheiten pflegten Woiwoden oder Kirchenfürsten ganze Zigeunerndörfer samt menschlichem Inventar zu verschenken.

Ansonsten zogen sie als Wanderarbeiter durch die Lande, in Griechenland verdingen sie sich bis heute als saisonale Erntehelfer. Sie arbeiteten als hausierende Schmiede und Kesselflicker, Holzschnitzer und Pferdehändler, Musikanten und Bärenführer. Ihre Frauen traten als Tänzerinnen, Wahrsagerinnen oder Heilkundige auf.

Wohin sie aber auch kamen und was immer sie taten, wurden sie von den

Ansässigen „als Pest, die jetzt schon ganz Europa bedeckt“ verschrien: „mißgestaltet, schwarz, häßlich, schmutzig und diebisch“, so eine zeitgenössische Chronik. Das Stammbblatt aller Ewiggestrigen, die *Deutsche National-Zeitung*, warnte vorletzte Woche seine Zeitgenossen wieder einmal vor dem „Zigeunerterror“. Schon zuvor hatte es drohend gefragt: „Darf jeder Zigeuner nach Deutschland?“

Schriftsteller der Romantik verklärten das verketzerzte Volk dann ebenso kitschig wie kurzfristig – in der Zigeunerpoesie Lenas und Eichendorffs etwa. In Johann Straußens „Zigeunerbaron“ durfte der Chor gegen alle Realität jubilierten „Die Zigeuner sind da“, als „Carmen“ in Georges Bizets Oper kam die Zigeunerin schlechthin zu immerwährendem Ruhm.

Mancher Zigeunerprimas des musikalischen Volkes geigte sich reich und berühmt. Die Masse der etwa sechs Millionen europäischen Zigeuner blieb jedoch „über alle Jahrhunderte totaler Verfolgung ausgesetzt“, wie die Gesellschaft für bedrohte Völker dokumentiert – bis hin zum Holocaust der Nazis, bei denen Beziehungen zu Zigeunern unter die Rassengesetze fielen.

Auch im Ostblock, wo ihnen der Sozialismus Minderheitenrechte vorenthielt, die er anderen Völkern gewährte, blieben die Roma als Volk rechtlos. Zumindest aber vor offenem Rassismus schützte die kommunistische Ordnung sie jahrzehntlang.

Der Umsturz von Polen bis Bulgarien aber setzte schlagartig die uralten Vorurteile wieder frei, ließ dem Haß auf die Andersartigen ungehemmten Lauf: Die Zigeuner sind Opfer der Revolution, die im Osten die Völker von ihren Ketten befreite. Vom Anspruch „Wir sind das Volk“ werden sie ausgeschlossen, überall, vor allem aber in Rumänien:

Bei Südwind wird das Leben im siebenbürgischen Dorf Brateş zur Hölle. Dann stülpt sich eine stinkend schwarze Wolke über das Dorf und bedeckt Häuser, Wege und Gärten mit einer fingerdicken schmierigen Rußschicht. Die 800 Einwohner von Brateş, vor allem die Kinder, bleiben bei geschlossenen Fenstern oft tagelang in ihren Behausungen, weil die Luft draußen zum Atmen zu schlecht ist.

Der Ruß stammt aus den Schloten des Chemiekombinats Copsa Mica, der größten aller rumänischen Dreckschleudern, nur 30 Kilometer entfernt.

Am Ortsrand, wo die Häuser noch verfallener und schäbiger sind und schon ein kurzer Regenguß die Lehwege für Pferde- und Ochsenkarren unpassierbar macht, leben die Zigeuner – 240 Roma von der Kalderasch-Sippe.

Victor Merlon, 38, ist der „Bullibascha“, das Dorfoberhaupt der Zigeuner in Brateş. Sein Clan lebt, wie schon die Vorfahren seit Jahrhunderten, vom Kesselflickern und von der Herstellung von Kupfergefäßen.

Wie die meisten der etwa zwei Millionen Zigeuner in Rumänien war auch die Sippe des Bullibascha Merlon frü-

her den größten Teil des Jahres in ihren Planwagen auf Wanderschaft. Das änderte sich, als vor 25 Jahren Ceauşescu an die Macht kam. Der Diktator pferchte einen großen Teil der Roma in halbverfallene Wohnsilos an den Rändern der Städte, später in die verlassenen Häuser ausgewanderter Deutscher.

Merlon wohnt mit seiner Familie – zwei Frauen, sieben Kindern, Großeltern, Onkeln und Tanten – in zwei winzigen Räumen, die in den strengen Wintern mit einem Kohleofen beheizt werden können. Gleich neben den Wohnräumen ist der Stall für zwei Pferde, drei Schweine und ein Dutzend Hühner.

Nach rumänischen Maßstäben ist Victor Merlon somit kein armer Mann: „Wir haben gelernt, mit wenig auszukommen und genügsam zu sein.“ Doch jetzt will der Kesselflicker Merlon, der wie fast alle in seiner Sippe nicht lesen und nicht schreiben kann und der in den letzten 20 Jahren nie weiter wegfuhr als ins 90 Kilometer entfernte Hermannstadt, auf die große Reise gehen: nach Deutschland.

Das Ziel heißt Berlin-West, Bahnhof Zoo. Dort, so hörte er, begannen die Freiheit und „das Paradies“. Es sei nicht wirtschaftliche Not, die seine Sippe zum Exodus treibe, versichert Bulibascha Merlon. Zum ersten Mal in seinem Leben habe er einfach „Angst um meine Familie und mich, weil wir Zigeuner sind“.

Blanken Rassismus wegen ihrer Hautfarbe, Sprache und Kultur waren die Zigeuner in Rumänien – die zusammen mit den Ungarn landesweit die größte Minderheit stellen – bislang ebenso gewöhnt wie schikanöse Behandlung durch Behörden und Miliz. Wie in allen anderen osteuropäischen Ländern auch sind die Roma in Rumänien die Bevölkerungsgruppe mit der höchsten Analphabetenquote, der bittersten Armut, kürzesten Lebenserwartung und höchsten Kindersterblichkeit, allenfalls geduldet am Rande der Gesellschaft, verfolgt, gedemütigt, vogelfrei.

Nach dem Sturz des Tyrannen Ceauşescu erhofften sich die Zigeuner von den neuen Herren in Bukarest eine Verbesserung ihrer tristen Situation. Auch sie wollten als Minderheit anerkannt werden.

Doch während nach dem Ende der kommunistischen Regime bei den Völkern Osteuropas und auf dem Balkan Freiheit und Demokratie ausbrachen, haben sich die Lebensumstände der insgesamt über vier Millionen Roma drastisch verschlechtert. Befreit vom Joch der stalinistischen Verfolgung, sehen sich die Zigeuner in ihren Heimatländern nun durch eine gewaltige, auch gewalttätige Welle von Nationalismus und Fremdenhaß bedroht. „Wir sind“, sagt

Nicolae Gheorghe, Generalsekretär der rumänischen „Demokratischen Union“ der Roma, „die einzigen Opfer des politischen Wandels. Wir müssen unter den neuen Freiheiten am meisten leiden.“

Wahrheitswidrig beschimpfen etwa rumänische Wendepolitiker ihre Roma-Minderheit als „soziale Anarchisten“ und „Parasiten“. Der stellvertretende Premierminister Jelu Voika verstieg sich zu der Behauptung, die Roma-Schwarzmarkthändler in der Hauptstadt, die durchaus einen lindernden Beitrag inmitten der desolaten Versorgung leisten, seien „die Plage von Bukarest“.

Roma-Politiker Nicolae Gheorghe: „In Rumänien gibt es nicht mehr genug Juden. Deshalb müssen eben wir als Sündenböcke für alles herhalten“ – selbst für so aberwitzige, jüngst verbreitete Theorien, daß der verhaßte Tyrann Ceauşescu ebenfalls ein Zigeuner gewesen sei.

Pogromstimmung gegen die Zigeuner kommt allenthalben auf im Jahr eins nach der Befreiung von den stalinistischen Fesseln. Die faschistische Organisation „Vatra Romaneasca“, die sich stillschweigender Unterstützung der neuen Machthaber sicher weiß, rief schon zum „blutigen Kampf gegen die Zigeuner“ auf.

Es blieb nicht nur bei mörderischen Sprüchen. Als sich im März dieses Jahres im siebenbürgischen Tirgu Mureş rumänische Nationalisten mit Ungarn und Roma blutige Straßenschlachten lieferten, verhaftete die Polizei vor allem Zigeuner, die den bedrohten Ungarn zu Hilfe geeilt waren.

Und als im Juni auf Befehl der Regierung des Präsidenten Iliescu Horden aufgehetzter Bergarbeiter zwei Tage lang die rumänische Hauptstadt terrorisierten, durchkämmten sie auch mehrere Roma-Viertel. Dort plünderten die Schlägertrupps Häuser, vergewaltigten Roma-Frauen und erschlugen mindestens neun Zigeuner. Die Bluttaten an den Roma waren den Bukarester Zeitungen nicht einmal eine Notiz wert.

Gewalttätige Übergriffe auf Zigeuner beschränkten sich keineswegs auf Rumänien. Auch in den anderen Ländern Osteuropas, so die Gesellschaft für bedrohte Völker, entwickelte sich die Lage für die Roma „besonders besorgniserregend“.

Im zerfallenden Vielvölkerstaat Jugoslawien, wo zwischen einer Dreiviertel und einer Million Roma leben, werden die Zigeuner immer häufiger Opfer eines wachsenden Chauvinismus. Bei den Wahlen in dem sich beispielhaft demokratisch gebenden Teilstaat Slowenien im April wurde Tausenden Roma, obwohl jugoslawische Staatsbürger, der Weg zur Urne gewaltsam versperrt. In den meisten Roma-Siedlungen blieben die Wahllokale einfach geschlossen.

In Priština, Hauptstadt der umkämpften Provinz Kosovo, wurde eine junge Roma-Frau von Einheimischen auf offener Straße zusammengeschlagen. Dann trankten die Rowdies das Haar der Zigeunerin mit Benzin und steckten es an. Sie erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Niemand versuchte auch nur, ihr zu helfen.

In der serbischen Stadt Kuršumljka kamen in den vergangenen Monaten mehrere Roma bei mysteriösen Unfällen ums Leben. Die Polizei weigerte sich, den Todesfällen nachzugehen. Begründung: Es schade nicht, wenn „noch mehr von denen brennen“.

Auch in der Tschechoslowakei, dem Land der „samtenen Revolution“, geht die Angst um in den Zigeunergettos. Im Juli wurde in Pilsen ein türkischer Fernfahrer erschlagen – die Mörder hatten aus seinem dunklen Teint und dem Schnauzbart geschlossen, er sei ein Roma. In Jablonec wagten sich Roma-Kinder nicht mehr zur Schule – aus Angst vor Skinheads, die gezielt Zigeuner jagten und zusammenschlugen.

Übergriffe auf sein Volk, meint Emil Šćuka, 32, seien „an der Tagesordnung“. Der Prager Staatsanwalt, Vorsitzender der „Roma-Bürgerinitiative“, welche die Interessen der 800 000 ČSFR-Roma im Parlament vertritt, hat keine Illusionen: „Die Tschechen können die Slowaken nicht leiden, die Mähren die Slowaken nicht und die nicht die Tschechen. Sie haben nur eines gemeinsam: Alle hassen die Zigeuner.“

Nirgendwo im Osten ist die Unterdrückung und Verfolgung der Zigeuner so ungehemmt und offensichtlich wie in Rumänien. „Mein Volk ist vor der Revolution gefoltert worden und nachher. Wenn sich nicht rasch etwas ändert, steuern wir auf einen neuen Holocaust zu“, behauptet Zigeunerführer Ion Cioaba, 55, denn: „1944 kann sich jederzeit wiederholen.“

In Sibiu, dem ehemaligen Hermannstadt, bewohnt Cioaba, der bis Juli oberster Bullibascha mit dem Ehrentitel O Rai o Barro (Großer Herr) war, mit seinem Clan eine zweistöckige Villa, die zu den feudalsten der Stadt zählt. Er besitzt drei Mercedes-Limousinen, je eine mit rumänischem, deutschem und österreichischem Kennzeichen.

Auf seiner Visitenkarte ist neben der Adresse in Sibiu, Alba Iulia 46, noch eine Telefonnummer in New York angegeben. Dort hält er sich häufig auf; als Vertreter der Internationalen Roma-Union genießt er bei den Vereinten Nationen Beobachterstatus.

Seit drei Monaten sitzt Cioaba als Abgeordneter im rumänischen Parla-

ment; sein Anlauf allerdings, in den Senat gewählt zu werden, scheiterte kläglich. Er bekam im Kreis Sibiu gerade ein halbes Prozent der Stimmen zusammen, für den Zigeunerbaron ein „klarer Fall von Wahlbetrug“. Seinen Roma, behauptet Cioaba, seien in den Wahllokalen Stempel in die Hände gedrückt worden, mit denen sie unwissentlich für Ceaușescu-Nachfolger Ion Iliescu votiert hätten. So etwas „ist nur mit einem Volk zu machen, das nicht lesen und nicht schreiben kann“.

Seit der Revolution hat Cioaba freilich auch bei seinen Roma einiges an Hochachtung verloren: Zu offensichtlich treten im nachhinein seine exzellenten Beziehungen zum alten Regime zutage. Unbefangen brüstet sich der Zigeunerchef noch heute mit seinen „sehr guten Kontakten zu Ceaușescu“.

Gelegentliche Kontakte zum gefürchteten Sicherheitsdienst Securitate, die Cioaba nicht leugnet, hätten nur einen Grund gehabt: „Ich mußte mit denen reden, um noch größeres Unheil für uns Zigeuner abzuwenden.“ Und: „Die Securitate besteht doch unter Iliescu weiter wie früher.“

Überhaupt Iliescu: Für die Roma sei dessen Wahl zum Staatschef eine Katastrophe. Denn, so die Begründung Cioabas: Ceaușescu habe wenigstens „das ganze Volk gleich mißhandelt, Iliescu wird seine Politik nur nach den Rumänen ausrichten. Die Minderheiten, vor allem uns, wird er noch grausamer verfolgen als sein Vorgänger“.

Wenn es zu weiteren Pogromen kommt und das rumänische Roma-Volk seines Lebens nicht mehr sicher sein kann, dann sieht der Zigeunerbaron nur noch die eine Möglichkeit, die so viele seiner Landsleute schon eifrig nutzen: Die Roma müßten wieder auf den großen Treck gehen. Dann, so Cioabas Vision, stehen „schon bald zwei Millionen Roma mit rumänischen Pässen an der deutschen Grenze und wollen rein“.

Der befürchtete Massenexodus dürfte allerdings enden, bevor er richtig in Schwung kommt. Denn seit Mitte August hat die ČSFR rumänischen Flüchtlingen, und damit überwiegend den Roma, die Tür zugeschlagen. Der Fluchtweg über die DDR in die Bundesrepublik ist damit fürs erste abgeschnitten.

Da auch Österreich, vor allem, um den Zustrom von Roma einzudämmen, schon vor Monaten Visumzwang für Rumänen eingeführt hat, sitzen die Flüchtlinge, außer sie können eine offizielle Einladung in die DDR, die Bundesrepublik oder nach Österreich vorweisen, in der Falle.

Für Tausende Roma auf dem Weg in den Westen bedeutet die Einreisesperre, erst einmal in Ungarn auf die Weiterfahrt zu warten – auch kein angenehmer Aufenthaltsort: Die Magyaren springen mit ihren Zigeunern nicht viel besser um als die Nachbarn.

„Zunehmenden Rassismus“ und „wachsende Aggression“ ortet die Budapesterin Antonia Haga, 31, im eigenen Land. Die „ungarische Zigeunerin“ (Haga) sitzt, zusammen mit dem Pädagogen Alador Horváth, 26, seit wenigen Monaten für den oppositionellen „Bund freier Demokraten“ im ungarischen Parlament und will künftig die Stimme der 800 000 Roma sein, die „in unserem Land in bitterster Armut dahinvegetieren“.

Damit sind erstmals in der Geschichte der ungarischen Zigeuner Roma-Vertreter im Parlament. Doch viel Hoffnung auf bessere Lebensumstände kann Antonia Haga ihrem seit 900 Jahren in Ungarn ansässigen Volk nicht machen. Im Gegenteil: „In dem Maße, in dem in Ungarn die sozialen Spannungen zunehmen, wird sich der Frust an uns Zigeunern entladen.“

Ihre Vorurteile gegenüber den Zigeunern bekommen die Ungarn immer deutlicher im Alltagsstraßenbild bestätigt. Bettelnde Roma-Frauen mit wimmernden Babys im Arm in der Budapester Innenstadt; Zigeuner, die zusammen mit Arabern den Schwarzgeldmarkt kontrollieren; junge Zigeunerinnen, die um die großen Hotels entlang der Donau Westlern ihre Körper anbieten – es scheint, so eine Budapesterin in einem TV-Interview, „als gebe es in unserer Stadt nur noch Zigeuner und keine Ungarn mehr“.

Mit der wachsenden Zahl der Roma in der Donau-Metropole stieg auch die Zahl der Delikte. Ein Sprecher der Budapester Polizei rechnet hoch, daß „80 Prozent aller Einbrüche und 95 Prozent aller Taschendiebstähle von Zigeunern begangen werden“.

Was demnächst auf die ungarischen Roma zukommt, fürchtet der Zigeunerabgeordnete Alador Horváth, liegt „klar auf der Hand. Uns wird es dreckiger gehen. Damit wird unser soziales Erscheinungsbild immer stärker mit Elend und Verarmung verbunden“. Dann schließe sich der Teufelskreis. Horváth: „Schließlich wird es heißen: Die sind so, weil sie Zigeuner sind.“

Bei den nördlichen Nachbarn der Ungarn, den Tschechoslowaken, sind solche Vorurteile längst Alltag – obwohl gerade die Zigeuner der ČSFR mit viel Elan versuchen, aus ihrem Getto auszubrechen.

In den letzten Monaten haben Roma vier Privatunternehmen gegründet, davon zwei Baufirmen, berichtet Staatsanwalt Emil Šćuka, Vorsitzender der tschechoslowakischen Roma-Partei, die mittlerweile immerhin mit elf Abgeordneten im Prager Parlament vertreten ist.

Die Roma „von der Straße zu holen“, sei für den Staat „langfristig viel billiger“, rechnet Šćuka vor: „Was kommt den Staat teurer? Die Schädigung von Volksvermögen durch kriminelle Roma sowie deren Verwahrung

im Gefängnis oder der Versuch, jungen Zigeunern eine Ausbildung zu ermöglichen, so daß sie gar nicht erst kriminell werden?“

Šćuka gehört zur hauchdünnen Roma-Elite im Lande, die es zum Studium und zu einer guten Position gebracht hat. Er hofft auf das Verständnis und die Hilfe des Präsidenten Václav Havel. Vor vier Wochen nahm der Schriftsteller in Brünn an einem Roma-Kongreß teil und tanzte mit Zigeunern auf der Straße – für die ČSFR-Roma „ein bedeutendes Signal“. Šćuka: „Zum erstenmal seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich ein wichtiger Regierungsmann öffentlich mit Roma gezeigt.“

Havel hat Sympathie und Verständnis für die Nöte der Zigeuner nach eigenem Bekenntnis als Dissident in seinen Gefängnisjahren gewonnen. Roma seien die „einzigen Mitgefangenen gewesen, die sich um mich gekümmert haben“. Dabei habe er festgestellt, daß viele der Zigeunerhäftlinge „unschuldig oder rechtswidrig“ einsaßen.

Sein öffentliches Engagement für die Zigeuner ist auch Wiedergutmachung für erlittenes Leid unter seinem stalinistischen Vorgänger auf dem Prager Hradschin. Denn die frühere Regierung ist verantwortlich für eines der grausamsten Kapitel in der Roma-Geschichte seit ihrer Verfolgung durch die Nazis: Medzev in der Ostslowakei, ein Dorf unweit der sowjetischen Grenze. Zwischen dem schmucken Ortskern, wo die Slowaken wohnen, und dem Zigeunerlager liegt eine chemische Fabrik, aus deren Schloten Tag und Nacht Gestank und Dreck ins Getto zieht.

In einem der letzten Häuser von Medzev wohnen die Kompoš. Jan, 30, Bauarbeiter, und seine Frau Renata, 28, haben nur drei Kinder – für eine Roma-Familie, wo Frauen oft mit 14 Jahren erstmals gebären, äußerst ungewöhnlich. „Natürlich hätten wir gern mehr Kinder“, sagt Jan Kompoš, „aber das geht ja nun nicht mehr.“

Renata Kompoš ist seit der Geburt ihres dritten Kindes im April 1983 unfruchtbar, sie wurde zwangssterilisiert wie Tausende andere junge Roma-Frauen auch. Weder sie noch ihr Mann waren von den Ärzten im Krankenhaus der Kreisstadt Košice über den Eingriff vorab informiert, geschweige denn um ihr Einverständnis gefragt worden.

Seit 1966 haben tschechoslowakische Frauen die Möglichkeit, sich sterilisieren zu lassen. Allerdings müssen sie zum Zeitpunkt der Operation mindestens 35 Jahre alt sein und mindestens drei Kinder zur Welt gebracht haben. Dieses Gesetz wurde 1986 modifiziert. Seither können sich Frauen ab 18 Jahren freiwillig sterilisieren lassen und bekommen dafür eine Prämie bis zu 25 000 Kronen, das Zehnfache eines guten Monatsgehaltes. Die ethisch fragwürdige Idee kam der Regierung, um den traditionellen Kinderreichtum der Roma einzudämmen.

Doch nicht immer hielten sich Gynäkologen an die gesetzlichen Auflagen. Zwangssterilisationen waren vor allem in der Slowakei, wo die Mehrheit der 800 000 Roma lebt, die Regel.

Die Roma-Partei will jetzt mit allen rechtlichen Mitteln gegen den „versuchten Völkermord im Kreißsaal“ vorgehen. Bei der Prager Generalstaatsanwaltschaft wurde Strafanzeige gegen ein Dutzend Ärzte erstattet, die nachweisbar Zwangssterilisationen vornahmen. Am Verhalten der Justiz will der Klageführer Kompoš nun er-messen, „ob wir auch nach der Wende die gleichen Paria geblieben sind oder ob wir jetzt endlich als Menschen behandelt werden“.

Die Chancen stehen schlecht im Land. Gestrandete Roma, die gen Westen streben, werden in Lager gesperrt oder von Schleppern ausgenommen und von denen wieder hilflos ausgesetzt. Die Bevölkerung wehrt sich gegen die verhaßten Fremden, selbst dem Präsidenten brachte seine Verbrüderung mit den Roma schon herbe Kritik ein.

„Die Juden haben wenigstens das Recht, nach Israel zu gehen“, beklagt der rumänische Roma-Funktionär Gheorghe das Schicksal seines heimatlosen Volkes, „aber wohin können die Roma gehen, wenn sie verfolgt werden?“

Im Zweifelsfall dorthin, wo die Hoffnung auf Sozialhilfe – für die Ärmsten aller Länder noch viel Geld – mehr Menschen anlockt als je zuvor: Zusätzlich zu Hunderttausenden Aus- und Übersiedlern sind, im deutsch-deutschen Einigungseifer kaum bemerkt, von Januar bis Juli knapp 100 000 Asylbewerber nach Westdeutschland gekommen. Bis Jahresende rechnen Experten mit 180 000 Flüchtlingen, mindestens. Im bisherigen Rekordjahr 1989 suchten nur 121 000 in der Bundesrepublik Schutz vor angeblicher und tatsächlicher politischer Verfolgung.

Aussicht auf den Asylantenstatus, der die Segnungen des Sozialstaates Bundesrepublik dauerhaft garantiert, haben nur die allerwenigsten.

Ebenso wie etwa bei Anträgen jugoslawischer Zigeuner in der Vergangenheit gibt ihnen der Chef des Nürnberger Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Norbert von Nieding, „kaum Chancen“. Bei der individuellen Prüfung der Fälle, so von Nieding, hätten die Beamten zwar durchweg „Diskriminierung, aber keine politische Verfolgung“ festgestellt.

Zwar räumt auch die deutsche Justiz ein, daß Zigeuner beispielsweise „bei der Bevölkerung Jugoslawiens auf Ablehnung und Vorbehalte stoßen“, wie das Oberverwaltungsgericht Hamburg im Jahre 1988 bemerkte. Doch die „in Jahrhunderten gewachsene“ Abneigung, urteilten die Richter, sei „nicht dem Staat zuzurechnen“.

Gerichtsurteile dazu, ob die nun aus Rumänien anbrandenden Roma einen Asylanspruch haben, stehen derzeit noch aus. Die Auskunftslage über die „wahre Situation“ der Zigeuner dort sei „noch relativ dünn“, sagt Klaus Blumentritt vom Flüchtlingsbundesamt im bayerischen Zirndorf.

Das Gros der Deutschen dürfte mit jenen rumänischen Scharfmachern durchaus einer Meinung sein, die jüngst in der Zeitschrift *Romania Mare* (Groß-rumänien) den Zigeunern des Landes vorwarfen, sie hätten „alle Moral verloren“.

Vor „lokalen Scharfmachern“ warnte bereits die Leitung der evangelischen Kirche im Rheinland, die ihre Gläubigen aufforderte, den „um ihr Bleiberecht kämpfenden Roma“ nicht die Hilfe zu verweigern.

Landeskirchenrat Jörn-Erik Gutheil warf dem Kanzlerkandidaten Lafontaine und anderen Propagandisten einer Asylrechtsänderung „Wagenburgmentalität“ vor. Es sei „erbärmlich und niederträchtig“ von Politikern, wenn sie vor Wahlen „aus populistischen Gründen“ das Asylrecht antasten wollten. Von gegenwärtig weltweit 15 Millionen Menschen auf der Flucht gelangten noch nicht einmal fünf Prozent bis in die reichen Länder Westeuropas.

Viel zu viele schon für all jene, die hier um ihren Reichtum bangen – weshalb sich die Asylantenproblematik mit Sicherheit zum hitzigen Wahlkampfthema eignet, zumal es dabei durchaus auch kriminell zugehen kann.

In den vermeintlich goldenen Westen gelangen die Roma entweder von kriminellen Schlepperorganisationen geschmuggelt oder auch ganz legal mit Bus und Bahn – vorwiegend über die DDR-Grenze. Auf dem Ost-Berliner Fernbahnhof Lichtenberg etwa drängten sich an manchen Tagen im Frühsommer schon bis zu 600 Rumänien-Flüchtlinge – vorwiegend Roma – aus den überfüllten Waggonen des D 372 aus „Bucuresti nord“.

Von den Gleisen in Berlin-Ost machen die meisten gleich rüber nach Berlin-West. Dort haben in den letzten Wochen im Tagesschnitt rund 200 Rumänien Asyl beantragt. Schätzungsweise 6000 wurden seit Beginn des Trecks in die Bundesländer weitergeleitet.

Wie groß der Zigeunerzug nach Westen tatsächlich ist, läßt sich nur erahnen. Asylexperten wie der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor (SPD) schätzen, daß mittlerweile über 12 000 Roma eingewandert sind – es können aber in Deutschland-West und -Ost auch schon 20 000 sein.

Schon jetzt gibt es kaum eine Stadt, in der noch kein Treck haltgemacht und Zigeuner für Aufsehen gesorgt haben. Bettelnde Roma-Kinder, die Passanten nerven oder rühren, traktieren am Jungfernstieg in Hamburg ebenso ihre Ziehharmonikas oder klimpern

auf Keyboards immer wieder dieselben Lambada-Takte wie in der Altstadt von Hannover. Vor dem Bonner Rathaus gehen die Jugendlichen Passanten nicht weniger aufdringlich um Geld an als in der Frankfurter Freßgass'.

In Bremen nicht anders als in Bad Salzuflen kampieren obdachlose Zigeuner auf Bahnhöfen und in Einkaufspassagen. In West-Berlin belagern Roma das Foyer der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. Seither verdecken Babywindeln den Eingang des Gotteshauses, stinkt die Fassade der Kirche nach Urin. Um die Geruchsbelästigung zu lindern, läßt Pfarrer Kurt Soppa die Außenwände mit Wasser abspritzen.

Als „Hamburgs größtes Ärgernis“ prangerte *Bild* unlängst über 50 Zigeuner an, die in einem Fußgängertunnel am Hauptbahnhof der Hansestadt ihr Lager aufgeschlagen hatten. Nur mit Mühe brachte die Sozialbehörde die Roma noch auf dem Flüchtlingsschiff „Bibby Endeavour“ unter, das nun mit Flüchtlingen aus sieben Nationen vollgestopft ist. „Wir sind“, klagt der sozialdemokratische Sozialsenator Ortwin Runde, „bis obenhin dicht.“

Hauptursache für die Zigeuneraversionen von Bürgern wie Behörden ist das Sozialverhalten der Fahrensleute, besonders der Neuankömmlinge aus Rumänien. „Hygiene ist ihnen weitgehend unbekannt, ihre Bettelei aufdringlicher als bei anderen, sie sind kaum gesprächsbereit“, klagt der Essener Sozialdezernent Günter Herber über das Betragen der Roma.

In den vollgestopften Quartieren verstärken die Roma die ohnehin schon beträchtlichen Konflikte unter den Flüchtlingen. Von den Zigeunersippen, die untereinander fest zusammenhalten, fühlen sich die übrigen Asylbewerber an den Rand gedrückt und oft buchstäblich bis aufs Messer provoziert.

In den von Ländern und Kommunen zur Abschreckung ohnehin primitiv eingerichteten Lagern herrschen mittlerweile überall ähnlich katastrophale Zustände wie in der baden-württembergischen „Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber“ (ZAST).

Auf dem Areal in Karlsruhe, angelegt für 750 Flüchtlinge, drängeln sich über 1000 Asylbewerber, zum Großteil Roma. „Wo die alle bleiben“, bekennt eine Mitarbeiterin freimütig, „wissen wir auch nicht.“ Ein Bild in die Quartiere zeigt es.

In der sogenannten Familienunterkunft, einer braunen Baracke, pferchen sich mitunter zwei Familien, die meisten mit einer Schar von Kindern, in einem einzigen Zimmer. Noch nicht einmal ein Nothett ist für jeden da.

Die hygienischen Zustände sind unzumutbar. Aus Klos quillt der Kot, in Waschräumen steht das Wasser zentimeterhoch. ZAST-Mitarbeiter geben den „Balkan-Sitten“ der Roma die Schuld an den verheerenden Verhältnissen. „Das bringen Sie einfach nicht

an die Leute ran, eine Toilette richtig zu benutzen", erklärt Lagerleiter Bernd-Ludwig Fröls den penetranten Uringeruch auf dem Gelände.

Der Gesundheitszustand der meisten Rumänien-Flüchtlinge ist miserabel. Ohnehin von den Strapazen der Reise geschwächt, leiden etliche Roma an Dauerdurchfall und plagen sich mit Läusen und Krätze. Auch Fälle von schwerer Bronchitis und lebensgefährlicher offener Tuberkulose sind bekannt.

In der Bevölkerung grenzt die Angst vor Ansteckung mancherorts an Hysterie. So weigerten sich etwa in Hohenlimburg Eltern, ihre Kinder in die Schule zu schicken, weil die Turnhalle mit Roma belegt war.

Und gar nicht auszumalen wagen sich Asylbetreuer, was passieren könnte, wenn sich Tatarenmeldungen aus der CSFR bestätigen. Dort soll bei Roma, die nach Deutschland ziehen, die tödliche Immunschwäche Aids diagnostiziert worden sein. Ein Rotkreuzhelfer aus dem Revier: „Dann brennen uns die Bürger hier die Zelte nieder.“

Daß die heftigsten Klagen über den Roma-Andrang gerade aus NRW-Städten und -Gemeinden kommen, hat seinen Grund. Das Ruhrgebiet gilt bei Asylbewerbern, wie der Sprecher der Zirndorfer Stelle für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Wolfgang Weickhardt, weiß, „als das letzte Paradies“. Statt Warengutscheine und Sammelverpflegung wie in den meisten anderen Bundesländern erwartete Flüchtlinge in NRW bis vor kurzem Sozialhilfe in bar. Tagessatz: 15 Mark.

Der Drang zur Mark statt zum Mantel hat in vielen Fällen eine Vorgeschichte. Etliche Neuankömmlinge stehen in der Schuld skrupelloser Schlepper, bei denen sie mit dem Geld von der Sozialhilfe und mit Bettelei die Raten für ihre Flucht-Organisation abstottern müssen.

Wer die Zigeuner gegen Kasse nach Deutschland lotst und welche Transportwege die Schleuser wählen, erhebt sich westdeutschen Fahndern erst allmählich. Die Einreisenden erzählen so gut wie nie etwas über Hintermänner. Fast alle, beobachtete Kriminalobermeister Siegfried Karl von der Bayerischen Grenzpolizei, seien durch Gewaltandrohung „mächtig eingeschüchtert“.

Der Preis für den Transport liegt, verglichen mit den sonstigen Fluchtbranche-Tarifen von 5000 Mark und mehr, relativ niedrig: Zwischen 400 und 800 Mark, gestaffelt nach Alter und Geschlecht.

In dieser Spanne bewegte sich auch der Lohn, den 49 Rumänen für ihre Beförderung nach Lüdenscheld in Westfalen zahlen mußten. In einem fensterlosen Kastenwagen, ordentlich gekennzeichnet mit dem TIR-Schild für den internationalen Transport von Zollgut, waren die Roma mehrere Tage unter-



wegs, bis man sie in einem Waldstück vom Laster stieß. Das Gepäck wurde ihnen nachgeworfen, die Pässe bis zur Bezahlung der letzten Rate einbehalten.

In Hagen kam die Polizei in zumindest einem Fall schon ein Stückchen weiter. Weil einer der Flüchtlinge auspackte und sich an das Nummernschild des Lasters erinnerte, konnte die Polizei den Halter des Wagens ermitteln. Der Mann, ein Essener, ist aber zur Zeit nicht greifbar. Vermutet wird der Mann, wo wohl?, in Rumänien.

Jüngst stießen Ermittler auch auf einen bislang unverdächtigen Personenkreis, der beim Abtransport kassieren soll. Der Bundesgrenzschutz prüft derzeit Hinweise aus dem Rheinland, daß karitative Organisationen, die Hilfsgüter nach Rumänien transportieren, auf der Rückfahrt Zigeuner einladen. Die Fahrer sollen, so behaupten Zeugen, pro Kopf zwischen 1000 und 2000 Mark Frachtgebühr verlangen.

Um den Menschenspediteuren die Tour zu vermasseln, hat NRW-Innenminister Schnoor seine Beamten angewiesen, sofort Ermittlungen aufzunehmen, sobald „Massierungen rumänischer Asylbewerber festzustellen sind“. Auch gegen die Asylanter selbst zeigt die Düsseldorfer Landesregierung zunehmend Härte.

In einem eigens zur Asylpolitik verabschiedeten Kabinettsbeschuß ging die selbst auf dem Balkan für ihre bislang großzügige Asylpolitik bekannte Regierung Rau auf Lafontaine-Kurs. „Die gegenwärtige rechtliche Ausformung des Asylrechts“, befanden die

Düsseldorfer Sozialdemokraten, „muß überprüft werden.“

Daß sich die Revier-Genossen tatsächlich zusammen mit dem Saarland für eine von den Unionsländern geforderte Asyleinschränkung stark machen, hält Innenminister Schnoor allerdings für unwahrscheinlich. Eine Grundrechtsänderung, kritisiert der vehemente Verteidiger einer großzügigen Asylpolitik, habe „bloß großen Propagandawert, aber letztlich geringe Wirkung“.

In der Tat würde ein Asyldex à la Lafontaine bei den Trecks aus Rumänien nur wenig nutzen. Dem noch immer brodelnden Balkanland würde derzeit kaum jemand attestieren, daß die Menschen dort frei von Verfolgung sind. Dennoch werden – wie etwa vergangenen Dienstag mit dem Flug LH 1424 – ganze Flugzeugladungen illegal eingereister Roma wieder in ihr Herkunftsland zurückexpediert.

An den Grenzen im Osten aber warten bereits die nächsten Tausendschaften. Daß die DDR im Rahmen der Rechtsangleichung seit August selbst Asyl gewährt, wissen bislang kaum Roma und noch nicht mal alle Grenzer. Die in der CSFR angehaltenen Zigeuner harren deshalb auf den Tag der deutschen Einheit. Nach dem 3. Oktober wollen sie gen Westen ziehen – und an der dann gesamtdeutschen Grenze Asyl beantragen. ◀

DER SPIEGEL 36/1990

Mit freundlicher
Genehmigung zum
Nachdruck

Der Spiegel Nr. 36 / 44 Jahrgang